

Beschluss des 127. Kreisparteitages der CDU Essen



Sichere Stadt Essen

Ob bei großen Menschenansammlungen, auf dem Heimweg oder in der U-Bahn: Viele Bürger empfinden verstärkt ein Gefühl der Unsicherheit. Spätestens seit den Ereignissen von Köln in der Silvesternacht und den Gewaltexzessen eines kurdisch/libanesischen Familienclans mitten in der Essener Innenstadt, ist die Innere Sicherheit auch in unserer Stadt zu einem bestimmenden Thema geworden. Dazu ist die Bedrohung durch den islamistischen Terrorismus weiter gegenwärtig. Der Sprengstoffanschlag auf den Sikh-Tempel in Essen lässt die vormals „abstrakte Bedrohung“ eines Terroranschlags auch in unserer Heimatstadt sehr konkret werden.

Freiheit und Sicherheit sind elementare Grundbedürfnisse des Menschen. Sie schließen sich nicht aus, sondern bedingen einander. Die CDU ist die Partei der Inneren Sicherheit in unserer Stadt. Wir sehen Sicherheit vor allem als eine Voraussetzung von Freiheit und nicht als deren Einschränkung. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass Kriminelle konsequent verfolgt, überführt und nach ihrer Tat zeitnah und schuldangemessen verurteilt werden. Opfer von Kriminalität müssen schnell, effektiv und unbürokratisch Hilfe erhalten. Opferschutz geht vor Täterschutz.

Innere Sicherheit ist die Grundvoraussetzung für das Vertrauen in unseren Staat. Wir brauchen auch den repressiven Staat, der Recht und Gesetz durchsetzt. Die Erfüllung dieses Anspruchs obliegt in erster Linie der Polizei, der Justiz und der Stadtverwaltung Essen. Es muss daher im Land ebenso gehandelt werden wie auf kommunaler Ebene. Die Arbeit und Präsenz von Polizei, Justiz und Ordnungsbehörden muss umgehend gestärkt und vor dem Hintergrund der derzeitigen Ausstattung, vor Überforderung geschützt werden. Die staatliche Kernaufgabe, seine Bürger vor Bedrohung und Kriminalität zu schützen, muss glaubwürdig und dauerhaft ebenso gesichert und geschützt werden wie die Einsatzkräfte selbst.

Daher fordern wir:

- **Mehr Polizisten für Essen**

Sichtbare Polizeipräsenz im öffentlichen Raum hat eine präventive Wirkung. Sie stärkt sowohl das subjektive Sicherheitsempfinden als auch die objektive Sicherheit. Das Land NRW muss endlich zusätzliche personelle Ressourcen in den Kreispolizeibehörden schnellstmöglich bereitstellen. Essen muss, als Sofortmaßnahme, Standort eines weiteren Zuges der Bereitschaftspolizei werden. Polizeibeamte sind außerdem zügig von Verwaltungsarbeiten zu entlasten, damit sie mehr Präsenz im öffentlichen Raum zeigen können. Die hohe Belastung durch Überstunden muss reduziert werden. So ist es auch notwendig die Polizei von polizeifernen Aufgaben zu entlasten, z. B. von der Durchführung von Schwertransporten. Die Bundespolizei muss zeitnah wieder direkt am Hauptbahnhof untergebracht werden.

- **Stärkung der Doppelstreife**

Der gemeinsame Streifendienst aus Polizei und Ordnungsamt („Doppelstreife“) hat sich bewährt. Er sorgt für ein höheres Sicherheitsgefühl, sowohl in der Innenstadt als auch in den Stadtteilen. Dabei geht er auch gegen aggressives Betteln und andere Belästigungen vor und trägt zu einer Steigerung des Sicherheitsgefühls bei. Die Doppelstreife sollte daher schnellstmöglich spürbar personell aufgestockt werden.

- **Besseren Schutz unserer Einsatzkräfte**

Polizisten und Einsatzkräfte der Feuerwehr, der Rettungsdienste, des Katastrophenschutzes und des Technischen Hilfswerks setzen ihr Leben für uns ein. Dafür verdienen Sie unseren Dank und unsere Anerkennung. Gewalt gegen sie darf nicht toleriert werden und ist mit aller Härte zu bestrafen. Die Polizei muss auch in NRW endlich sachgerecht ausgestattet werden, z. B. durch die Bereitstellung ballistischer Schutzhelme. Dazu gehört auch die flächendeckende Einführung sogenannte Schulterkameras („Bodycams“), denn diese haben in anderen Bundesländern bereits zu einem Rückgang der Angriffe auf Polizisten geführt. Das Aufnehmen von Fotos oder Videos und von Opfern am Unfallort soll künftig ebenso unter Strafe gestellt werden wie das Behindern von Einsatzkräften durch Schaulustige.

- **Verstärkter Einsatz von Videoüberwachung**

Um Straftäter abzuschrecken und Straftaten besser nachzuweisen, bedarf es einer Verstärkung der Videoüberwachung öffentlicher Plätze. Dabei sollten nicht nur Kriminalitäts-Brennpunkte, sondern auch sogenannte „Angsträume“ und öffentliche Großveranstaltungen (z.B. Weihnachtsmärkte) generell in die Überwachung einbezogen werden. Der Einsatz moderner Videoüberwachungstechnik bei der EVAG hat bereits deutliche Erfolge gezeigt. So konnten beispielsweise die Attentäter des Anschlags auf den Sikh-Tempel identifiziert und gefasst werden. Die bereits beschlossene polizeiliche Videoüberwachung am Rheinischen Platz muss schnellstmöglich umgesetzt werden. Das Umfeld des Hauptbahnhofs sollte ebenfalls videoüberwacht werden. Bei Großveranstaltungen könnten mobile Lösungen unter Einbeziehung der Veranstalter zum Einsatz kommen. Es muss sichergestellt sein, dass die Videoaufnahmen im rechtlich zulässigen Rahmen aufbewahrt werden und den Ermittlungsbehörden zugänglich sind.

- **Konsequentes Vorgehen gegen Hassprediger und jegliche Form von Extremismus**

Junge Menschen dürfen nicht durch Hassprediger und islamistische Propaganda radikalisiert werden. Deshalb wollen wir vorbeugende Jugendarbeit auch verstärkt auf die Gefahren des Salafismus und des Islamismus ausrichten. Insbesondere ist die Zusammenarbeit zwischen der Polizei, den Schulen und dem Jugendamt zu optimieren. Denn vor allem Lehrer und Sozialarbeiter sind tagtäglich mit Kindern und Jugendlichen zusammen und bemerken schnell, wenn es zu Radikalisierungen kommt. Durch ein Frühwarnsystem sollen Radikalisierungstendenzen frühzeitig erkannt werden. Das Werben um Sympathie für terroristische Vereinigungen muss wieder unter Strafe gestellt werden. Dies gilt auch für sämtliche Aktionen rechts- und linksradikaler Gruppierungen. Orte an denen Hass und Gewalt gepredigt werden, sind in unserer Stadt nicht zu tolerieren. Auch die Stadtverwaltung Essen ist aufgerufen, mit allen rechtlich möglichen Mitteln dagegen vorzugehen. Für die „Lies! -Aktion“ oder ähnliche Aktionen von Salafisten sollten keine Genehmigungen mehr erteilt werden.

- **Mit aller Härte gegen kriminelle Clans**

Organisierte Kriminalität, wachsende Aggressivität, Respektlosigkeit und Paralleljustiz durch kriminelle Clans sind nicht zu tolerieren. Der Staat und seine Organe müssen hier Härte zeigen und frühzeitig massiv dagegen einschreiten. Straffällige ausländische Staatsangehörige sind – unabhängig von der Dauer ihres Aufenthalts in Deutschland – konsequent abzuschicken. Die angekündigte Stärkung des Projekts „Chancen bieten, Grenzen setzen“ begrüßen wir ausdrücklich.

- **Stärkeres Vorgehen gegen Wohnungseinbrüche**

Ein Wohnungseinbruch ist nicht nur ein Versicherungsfall. Es ist ein Gewaltakt gegen die Seele der Opfer. Das Land NRW muss gegen die dramatisch gestiegene Anzahl der Wohnungseinbrüche endlich wirksam vorgehen. Den professionell organisierten, hochmobilen und oftmals grenzüberschreitenden Täterbanden ist durch Einführung und Einsatz der Schleierfahndung (verdachtsunabhängige Personenkontrollen) sowie einer verstärkten Kooperation mit den europäischen Nachbarländern zu begegnen. Das Land NRW muss dem Vorbild fast aller anderen Bundesländer folgen und eine gesetzliche Ermächtigungsgrundlage für die Schleierfahndung schaffen. Neben mehr Polizei und Ordnungskräften auf Essens Straßen setzen wir auf ein Netzwerk „Sichere Stadtteile“. Gemeinsam mit Experten von Polizei, Stadtverwaltung und Wohnungsbaugesellschaften wollen wir gezielt für mehr Sicherheitsbewusstsein im eigenen Wohnumfeld werben.

- **Schnellere und einfachere Strafverfahren**

Eine bürgernahe, leistungsfähige und politisch unabhängige Justiz ist für den Rechtsstaat wichtig. Deshalb wollen wir die Funktionsfähigkeit der Gerichte und Staatsanwaltschaften stärken und uns für eine Beschleunigung und Vereinfachung von Strafverfahren einsetzen. Straftäter müssen schneller als bisher zur Rechenschaft gezogen werden. Zwischen Tat und Verurteilung darf kein langer Zeitraum liegen. Wir fordern eine Abkehr von der Praxis, dass heranwachsende Täter im Alter von 18 bis 21 Jahren grundsätzlich nach dem Jugendstrafrecht bestraft werden.

- **Angsträume verhindern**

„Angsträume“ und verwahrloste Quartiere dürfen gar nicht erst entstehen. Illegale Graffiti-Schmierereien und Dreck-/ Müllecken müssen unmittelbar nach dem Entdecken beseitigt werden, um dem öffentlichen Raum nicht den Anschein von Verwahrlosung zu geben. Dingfest gemachte Täter müssen für die Beseitigung der Schäden aufkommen und möglichst bei ihrer Beseitigung aktiv miteinbezogen werden. Trinker- und Drogenszenen, aggressives Betteln und andere Formen von ordnungswidrigem Handeln erzeugen Ängste und schaden dem friedlichen Miteinander in einer Stadtgesellschaft. Ein Festsetzen dieser Szenen in der Innenstadt, in den Stadtteilen, aber auch in den Stadtparks und auf öffentlichen Plätzen muss konsequent unterbunden werden. Die Betroffenen sollen durch niederschwellige Hilfsangebote erreicht werden.

- **Rechtliche Grundlagen für neue präventive Regelungen schaffen**

Bund und Land müssen eindeutige und ausreichende (spezial-) gesetzliche Ermächtigungsgrundlagen im Ordnungsrecht schaffen. Auf dieser Basis sollen die Kommunen die Möglichkeit erhalten, in kriminalitätsbelasteten Bereichen "Schutz zonen" einzurichten, in denen Verbote zum Mitführen von gefährlichen Gegenständen sowie Glas- und Alkoholkonsumverbote verhängt werden können. Eine solche Regelung könnte beispielsweise am Willy-Brandt-Platz erprobt werden.